

Informationsunterlage zur Pressekonferenz von **Bürgermeister Klaus Luger** zum Thema „**Arbeitsmarktlage in Linz**“ am Mittwoch, 24. Februar 2021

11 Prozent: Höchste Arbeitslosigkeit in Linz seit dem Wiederaufbau

Anstieg der Arbeitslosigkeit binnen eines Jahres um 60 Prozent

Bund gefordert: Zeitlich befristete Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Maßnahmen gegen Langzeit-Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist stetig von Schwankungen geprägt. Diese zeigten sich etwa besonders nach der Finanzkrise 2009. Unter Betrachtung des letzten Jahrzehnts zeigt sich der Höhepunkt einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 10 Prozent im Jahr 2016. Danach macht sich eine spürbare Erholung der Arbeitslosigkeit in Linz bemerkbar. Nicht zuletzt erlebt der Arbeitsmarkt aufgrund der Covid-19-Pandemie tiefe Einschnitte. So ist im letzten Jahr ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen und erreicht mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 10,7 Prozent den absoluten Peak. Diese negativen Auswirkungen erfordern konkrete und zielführende Maßnahmen, um einen Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen und Arbeitsplätze zu sichern. „Mit dem „Pakt für Linz“ haben wir ein starkes und wichtiges Investitionspakt geschnürt, um der Coronakrise entgegenzuwirken. Dabei sind 65 Millionen Euro für die Ankurbelung der Wirtschaft, für Kunst, Sport, Infrastruktur und Klimaschutz in die Hand genommen worden“, zeigt Bürgermeister Klaus Luger auf.

Diese Maßnahmen der Stadt Linz würden jedoch im Kampf gegen die Krise nicht ausreichen. Um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft nicht noch weiter zu gefährden, schlägt Luger eine zeitlich befristete

Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 80 Prozent des Letztbezuges vor:
„Dies ist gerechtfertigt, nachdem auch unsere Gastronomie im November sogar eine 80-prozentige Umsatz-Entschädigung erhielt. ArbeiterInnen und Angestellte dürfen nicht benachteiligt werden. Erst wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt entspannt, sollte man wieder zu früheren Regelungen zurückkehren. Dies ist sozial gerechtfertigt und wirtschaftlich sinnvoll, da es Kaufkraft sichert!“

Der Vergleich mit den Auswirkungen der Finanzkrise des Jahres 2009 stimmen das Linzer Stadtoberhaupt zusätzlich nachdenklich. Immerhin dauerte es nach Analysen der Stadtforschung Linz sieben Jahre, bis die Arbeitslosigkeit wieder gesenkt werden konnte. Die wirtschaftlichen Folgen der Covid-Pandemie seien ein Vielfaches schwerwiegender. Aus diesem Grund sei mit einem massiven Anstieg vor allem der Langzeit-Arbeitslosigkeit zu rechnen. Diese Situation würde sich nach dem Auslaufen der Kurzarbeitszeit-Modelle jedenfalls zuspitzen. „Sämtliche Wirtschaftsforscher gehen von diesem Szenario aus. Deshalb soll die Bundesregierung rasch aktive Maßnahmen gegen Massen-Langzeit-Arbeitslosigkeit erarbeiten. Der soziale Frieden in unserem Land hängt wesentlich von der Eindämmung der Arbeitslosigkeit ab“, meint Klaus Luger.

Nachwirkungen der Finanzkrise bis 2016: Covid-19 zerstörte Erholung am Arbeitsmarkt: 60% mehr Arbeitslose als vor einem Jahr

Die absolute Zahl arbeitslos gemeldeter Personen ist im politischen Bezirk Linz Stadt in den Jahren von 2012 bis 2016 stetig angestiegen. Diese Zahl bezieht sich auf jene Personen, die zum Monatsende beim AMS zum Zwecke der Arbeitsvermittlung registriert sind und nicht in Beschäftigung oder Ausbildung (Schulung) stehen. Im Jahresvergleich ist von 2017 bis 2019 ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Der weltweite Ausbruch von Covid-19 zeigt auch auf dem Arbeitsmarkt sofortige Auswirkungen. Die Arbeitsmarktsituation änderte sich im März 2020 schlagartig. Trotz Kurzarbeit waren zum Monatsende um 60,6 Prozent mehr LinzerInnen arbeitslos gemeldet als im März des Vorjahres. Im Jahr 2020 ergibt sich somit ein Höchstwert des letzten Jahrzehnts.

Arbeitslosigkeit bei Männern höher als bei Frauen: Ausländische Arbeitskräfte doppelt so stark betroffen als ÖsterreicherInnen

Ein Blick auf die Kennzahlen zeigt geschlechterspezifische Unterschiede sowie Differenzen zwischen In- und AusländerInnen. 2020 ist die Arbeitslosenquote bei Männern mit 11,4 Prozent ein wenig höher als bei Frauen mit 9,9 Prozent. Da sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der ausländischen Beschäftigten mit knapp 24.000 Menschen verdoppelte, ist diese Gruppe von der Corona-Pandemie besonders betroffen. Mit 16 Prozent liegt ihr Anteil an Arbeitssuchenden am Arbeitskräftepotential beinahe doppelt so hoch wie jener der Einheimischen.

Männer	Unselbstständig Beschäftigte	Vorgemerkte Arbeitslose	Arbeitslosenquote
2010	41.122	2.712	6,2 %
2020	47.474	6.127	11,4 %

Tabelle 1: Quelle AMS; Jahreswerte sind gerundete Monatsmittelwerte. Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

Frauen	Unselbstständig Beschäftigte	Vorgemerkte Arbeitslose	Arbeitslosenquote
2010	38.088	1.750	4,4 %
2020	41.520	4.564	9,9 %

Tabelle 2: Quelle AMS; Jahreswerte sind gerundete Monatsmittelwerte. Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

InländerInnen	Unselbstständig Beschäftigte	Vorgemerkte Arbeitslose	Arbeitslosenquote
2010	66.882	3.372	4,8 %
2020	65.331	6.160	8,8 %

Tabelle 3: Quelle AMS; Jahreswerte sind gerundete Monatsmittelwerte. Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

AusländerInnen	Unselbstständig Beschäftigte	Vorgemerkte Arbeitslose	Arbeitslosenquote
2010	12.328	1.090	8,1 %
2020	23.663	4.531	16,1 %

Tabelle 4: Quelle AMS; Jahreswerte sind gerundete Monatsmittelwerte. Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

Arbeitschancen für Frauen seit einem Jahr spürbar schlechter als für Männer

Wenngleich insgesamt die Arbeitslosigkeit von Männern etwas höher als jene von Frauen liegt, haben sich deren Chancen am Arbeitsmarkt im Vergleich zum Dezember des Vorjahres massiv verschlechtert. Weibliche Arbeitskräfte waren mit einer prozentuellen Veränderung von 30 Prozent stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer (+ 22%).

Arbeitslose in Linz (Stadt)				
Geschlecht	Dezember 2020	Dezember 2019	Veränderung absolut	Veränderung in %
Frauen	4.707	3.609	1.098	30,4 %
Männer	7.147	5.852	1.295	22,1 %
Gesamt	11.854	9.461	2.393	25,3 %

Tabelle 5: Quelle AMS (Stichtag jeweils 31.12.)

Bis 2016 liegt das Arbeitskräftepotential von sowohl inländischen als auch ausländischen Frauen unter jenem der Männer. Eine Differenzierung nach Nationalität weist eklatante Unterschiede auf. Ausländische Frauen sind im Jahr 2020 mit 17,5 Prozent um etwa 10 Prozentpunkte stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als inländische Frauen, bei welchen eine Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent vorliegt. Ebenso ist bei den männlichen Ausländern im Vergleich zu jenen inländischen eine höhere Arbeitslosigkeit ersichtlich.

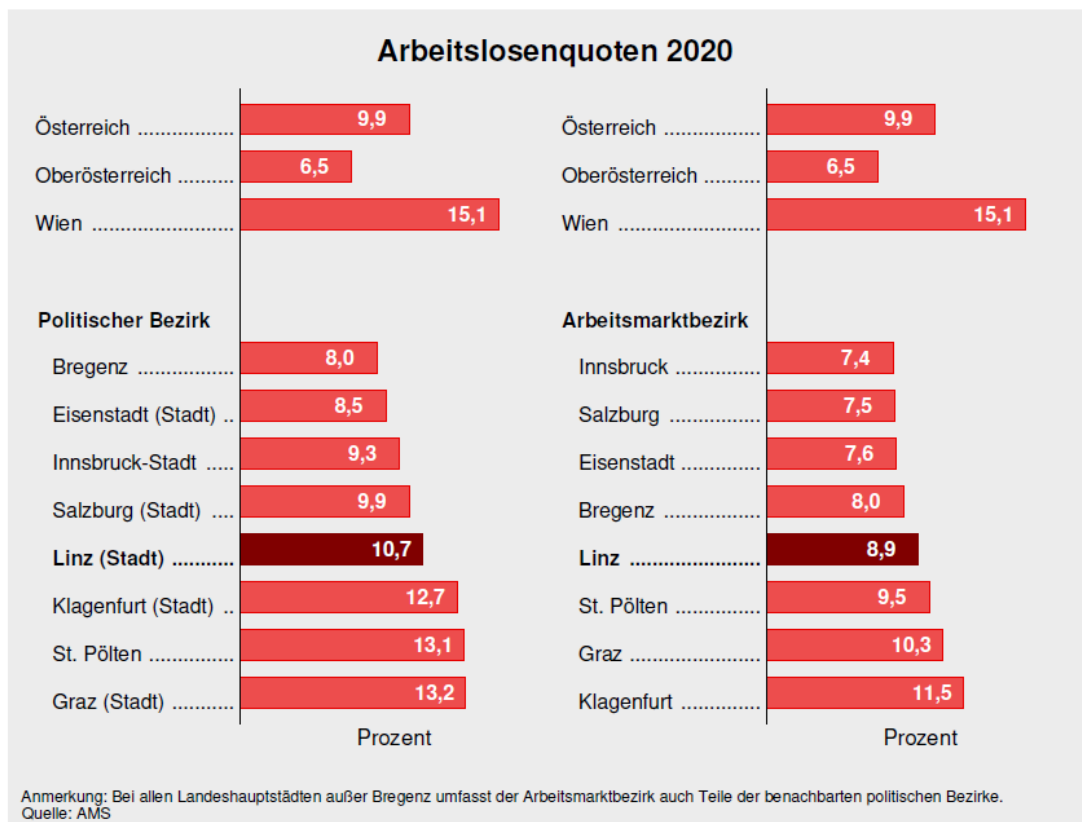
Auf Finanzkrise und kurze Erholung folgt Covid-Depression

Der Jahresvergleich der Arbeitslosenquote zeigt, dass diese in allen Vergleichsregionen – Österreich, Oberösterreich, Linz – seit 2009 angestiegen ist. Die darauffolgenden Jahre waren von weiteren Schwankungen geprägt. Dabei konnte erst ab 2017 in allen Vergleichsregionen ein Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenquoten verzeichnet werden.

Durchschnittliche Arbeitslosenquote 2010 – 2020 (Jahresdurchschnittswerte)			
	Politischer Bezirk Linz Stadt	Oberösterreich	Österreich
2010	5,3	4,7	6,9
2011	5,1	4,2	6,7
2012	5,8	4,5	7,0
2013	7,0	5,1	7,6
2014	8,6	5,7	8,4
2015	9,9	6,1	9,1
2016	10,0	6,1	9,1
2017	9,6	5,8	8,5
2018	8,3	5,0	7,7
2019	8,0	4,8	7,4
2020	10,7	6,5	9,9

Tabelle 6: Quelle AMS.

Die Pandemie löste einschneidende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt aus. Das Arbeitskräftepotential stieg in allen Regionen rasant an. Die am ehesten mit Linz vergleichbaren österreichischen Städte weisen signifikante Unterschiede auf. Dabei liegt Linz mit 10,7 Prozent über Salzburg-Stadt mit 9,9, aber deutlich unter dem Wert von Graz, wo eine Quote von 13,2 erreicht wird. Linz liegt damit im Mittelfeld der Landeshauptstädte.



„Der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosigkeit forderte sofortige Maßnahmen, um Arbeitsplätze zu sichern und Menschen, die in Zeiten der Coronakrise ihren Arbeitsplatz verloren haben, zu unterstützen. Deshalb haben wir neben einem Solidaritätsfonds ein 65 Millionen Euro umfassendes Investitionspaket für den Wiederaufbau der Wirtschaft geschnürt.“, betont Bürgermeister Klaus Luger.

Stadt übernimmt Verantwortung – Pakt für Linz

Besonders Krisenzeiten erfordern Solidarität, Unterstützung und konkrete Förderungsaktionen. Der Pakt für Linz beinhaltet neben Hilfsangeboten, wie die Nachbarschaftshilfe, bedeutende konjunkturfördernde Projekte, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die Schäden der Stadt und ihren Unternehmen beliefen sich in einer ersten Schätzung auf etwa 57 Millionen Euro. „Unser Investitionspaket, welches sich auf vorläufig 65 Millionen Euro beläuft, dient der Investition in die Zukunft der Linzer Kinder, SeniorInnen, der

Kulturschaffenden, der Wirtschaft und Unternehmen sowie der städtischen Infrastruktur und in klimafördernde Projekte“, betont Klaus Luger. „Antizyklische Investitionen sind von Beginn an das Um und Auf und werden auf dem Weg aus der Krise ein wichtiger Bestandteil der städtischen Wirtschaftspolitik sein“, ist das Linzer Stadtoberhaupt überzeugt.

„Das rasche Handeln der Stadt Linz war eine wichtige Maßnahme im anhaltenden Kampf gegen die Krise. Trotz der Covid-19 bedingten Einnahmenverluste konnten zusätzliche Investitionen in die Wirtschaft getätigt werden, um den negativen Effekten entgegenzuwirken“, schließt so Luger weiter.

Bund ist gefordert: Erhöhung des Arbeitslosengeldes und Maßnahmen gegen Landzeitarbeitslosigkeit dringlich

Für einen Weg aus der Krise sind aber nicht nur kommunale und städtische Förderprojekte ausreichend. Es bedarf bundesweiter Maßnahmen, um unserer Bevölkerung unter die Arme zu greifen. Die Daten zu den Entwicklungen am Arbeitsmarkt zeigen, wie stark unsere Bürgerinnen und Bürger betroffen sind.

„Die Anhebung des Arbeitslosengeldes wäre ein wichtiger Schritt, um diese Krise zu bewältigen. Einerseits werden Existenzen gesichert und andererseits kann die Kaufkraft gefördert werden“, betont Klaus Luger.

„Zudem kann nur mit konkreten, zielgerichteten Wiedereingliederungsmaßnahmen der sich abzeichnenden wachsenden Massen-Langzeitarbeitslosigkeit gegengesteuert werden. Dabei zeigen andere Entwicklungen am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft auf, wie wichtig es ist, die Chancen der Digitalisierung zu erkennen und zu nutzen. Hier braucht es ebenso ein arbeitsmarktpolitisches Investment des Bundes“, schließt Bürgermeister Luger.